

Droht der Murtalbahn das Aus? Der Lungau bleibt zuversichtlich

THOMAS AUINGER

TAMSWEG, GRAZ. Die Aufregung unter Salzburger Eisenbahnfreunden ist groß. Sie befürchten das Aus für die Murtalbahn und damit auch große Nachteile für den Lungau.

Der Anlass ist ein Besuch des steirischen Landeshauptmanns Hermann Schützenhöfer (ÖVP) im Bezirk Murau im Zuge seiner „Mit Zuversicht in die Zukunft“-Tour. Laut „Kleiner Zeitung“ sprach Schützenhöfer von „wenig finanziellem Spielraum“. Im Raum stehe auch eine mögliche Umstellung auf Busbetrieb. Die Zeitung titelte: „Wenig Hoffnung für die Murtalbahn“.

Die Schmalspurbahn von Unzmarkt nach Tamsweg muss dringend modernisiert werden. Für die Dieseltriebwagen sind zum Teil nur mehr

sehr schwer Ersatzteile zu finden. Verfechter des öffentlichen Verkehrs hoffen auf eine Elektrifizierung oder haben die Vision des Wasserstoffantriebs nach dem Vorbildprojekt der Zillertalbahn.

BILD: SWROBERT RATZER



„Beide Länder
bekennen sich
zum Erhalt der
Murtalbahn.“

Georg Gappmayer, Bürgermeister

Was die notwendigen Investitionen betrifft, kursieren unterschiedliche Zahlen, wie zum Beispiel 300 bis 500 Millionen Euro innerhalb von 30 Jahren. Das könnten die Steiermärkischen Landesbahnen (unter Mithilfe des Landes Salzburg) nie allein „stemmen“. Die Hoffnungen ruhen auf dem Bund und der EU.

Die verantwortlichen Politiker

im Bezirk Tamsweg selbst bleiben zuversichtlich. Der Vorsitzende der Bürgermeisterkonferenz und Tamsweger Ortschef Georg Gappmayer (ÖVP) verweist auf die Zusage der Steiermark aus dem Jahr 2018, die Murtalbahn zu erhalten. Erst vor wenigen Monaten habe es wieder eine Gesprächsrunde gegeben. Auf der Ebene der Fachleute laufe die Abstimmung darüber, welche Garnituren und Antriebsart am sinnvollsten wären und wie der Takt verdichtet werden könnte. Murau wolle eine Vorbildregion für grünen Wasserstoff aus Wasserkraft werden. „Gerade in Zeiten des Klimawandels wäre die Einstellung der Bahn kontraproduktiv.“

Auch für Regionalverbandsobmann Bgm. Manfred Sampl (ÖVP) steht die Einstellung nicht zur Diskussion. Er sei „guter Dinge“. Investitionskosten zu nennen sei derzeit aber noch unseriös.